

## **NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

**Datum:** 24. Juli 2018

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ort:** Sitzungssaal des Rathauses

**Ende:** 22:08 Uhr

**Anwesend:**

### **Erster Bürgermeister**

Seidl, Norbert

### **Zweiter Bürgermeister**

Zöllner, Rainer

### **Dritter Bürgermeister**

Salcher, Thomas

### **Mitglieder des Stadtrates**

Burkhart, Michael

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

bis TOP 6

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Schemel, Benjamin

Sengl, Manfred Dr.

Sippel, Dorothea

Stricker, Hans-Georg

Strobl-Viehhauser, Sonja  
Unglert, Theresa  
von Hagen, Michaela  
Weber, Petra  
Weiß, Ramona  
Wiesner, Marga  
Winberger, Lydia  
Wuschig, Wolfgang

bis TOP 5

**Berufsmäßige Stadträte**

Heitmeir, Harald  
Tönjes, Jens

**Schriftführer/in**

Bock, Katharina

**Abwesende und entschuldigte Personen:**

**Mitglieder des Stadtrates**

Eger, Christine	-entschuldigt-
Koch, Reinhold Dr.	-entschuldigt-
Pürkner, Erich	-entschuldigt-

## Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Soziale Stadt / Bürgerpark Kennedywiese Projektgenehmigung 1. Bauabschnitt	2018/0733
TOP 5	Stadtmitte Puchheim - Architekturwettbewerb	2018/0734
TOP 6	Generalsanierung und Erweiterung Schwimmbad	2018/0731
TOP 7	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße hier: a) Beschlussfassung über die während der erneuten öffentlichen Auslegung sowie der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen b) Fassung des Satzungsbeschlusses	2018/0729
TOP 8	Jahresrechnungen 2010 bis 2014; Bericht des BKPV – Prüfung der Jah- resabschlüsse 2010 bis 2014; Stellungnahmen der Verwaltung	2018/0736
TOP 9	Vergabe von Entwurfsplanung- und Beratungsleistungen für das PUC- Restaurant	2018/0739
TOP 10	Satzung zur Änderung der Satzung über Aufwendungs- und Kostener- satz für Einsätze und andere Leistungen der städtischen Feuerwehren	2018/0728
TOP 11	Satzungen zur Änderung der Satzung über Erlaubnisse für Sondernut- zungen an öffentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim sowie zur Änderung der Satzung über die Gebühren für Sondernutzungen auf öf- fentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim	2018/0727
TOP 12	Wissenschaftliche Begleitung im Projekt Gesunde Kommune	2018/0721
TOP 13	Modellprojekt "Jugendhilfe in Puchheim"	2018/0716
TOP 14	Mittagsverpflegung der Schüler an Grundschulen und der Mittelschule Puchheim	2018/0732
TOP 15	Mitteilungen und Anfragen	

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Die Stadträte Eger, Dr. Koch und Pürkner seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung und Erweiterung der Tagesordnung um TOP 9 gab es nicht. Die Niederschriften der Stadtratssitzungen vom 15.05.2018 und 26.06.2018 wurden genehmigt.

**TOP 2 Aktuelle Viertelstunde**

---

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

**TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**

---

Der Vorsitzende gab zu den Bürgerentscheiden vom 22.07.2018 bekannt, dass von 15.903 Stimmberechtigten 7.000 abgestimmt hätten, hiervon für den ersten Bürgerentscheid 1.861 mit Ja und 4.829 mit Nein, für den zweiten Bürgerentscheid 4.990 mit Ja und 1.640 mit Nein. Im Stichentscheid seien 1.808 Stimmen für den ersten Bürgerentscheid und 4.976 Stimmen für den zweiten Bürgerentscheid abgegeben worden.

**TOP 4 Soziale Stadt / Bürgerpark Kennedywiese  
Projektgenehmigung 1. Bauabschnitt**

---

Das Landschaftsplanungsbüro bauchplan aus München stellte seinen Entwurfsvorschlag für die Neugestaltung der Kennedywiese vor, der anhand der Rückmeldungen rund um den Beteiligungsprozess der Bürger und sozialen Einrichtungen an dem Projekt unter Einhaltung der planungsrechtlichen Vorgaben entwickelt wurde. Insbesondere solle der Spiel-, Sport und Freizeitbereich der „Kennedywiese“ umgestaltet werden, um für alle Puchheimer Kinder und Erwachsenen attraktiv zu sein. Als Beispiel nannten die Planerinnen den Hang der Parkgarage als Spielhang, die Aufstellung mehrerer Spielhäuser für verschiedene Altersgruppen sowie das Aufstellen eines noch genauer zu gestaltendes Kulturhauses. Weiter solle im Bereich Ecke Adenauer-/Kennedystraße über der Parkgarage als Landmarke ein Berg aufgeschüttet werden, der als höchster Punkt als Treffpunkt und Ausguck in die Planie zu sehen sei. Im Herzen des Parks sei eine große Spiel- und Festwiese geplant.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Vorstellung des ausgearbeiteten Konzeptes. Stadtrat Wuschig regte an, eine Bürgerbeteiligung wie bei dem Projekt Kennedywiese auch für zukünftige Entwicklungen und Planungen sicherzustellen, sowie einen Sozialpädagogen als Kommunikator für gemeinsames Spielen in das Projekt miteinzubeziehen. Stadtrat Hofschuster sprach sich in Bezug auf den einstimmigen Beschluss des Ausschusses für städtische Bauten für die vorgestellte modifizierte „Variante Berg“ aus. Er bedankte sich, dass die im Ausschuss aufgeworfenen Fragen seiner Fraktion, insbesondere bezüglich möglicher Mehrkosten, in den Vortrag mitaufgenommen worden seien. Die Entwicklung gestalte sich von Sitzung zu Sitzung positiv. Er erfragte, ob die besprochene Querverbindung durch die Tiefgarage zum Friedhof durch einen Weg sichergestellt sei, was durch das Landschaftsplanungsbüro bauchplan bejaht wurde. Stadträtin Winberger lobte die gute Bürgereinbeziehung im Rahmen des Projektes, ihre Fraktion sei von der Umsetzung durch das Büro begeistert. Zu bedenken sei eine behindertengerechte Gestaltung des noch in der Planungsphase befindlichen Kulturhauses. Stadtrat Leone stellte die Kennedywiese als wichtigen Ankerpunkt für die Siedlung und die Stadt heraus. Zu beachten sei aufgrund der Nähe zum Friedhof, eine räumliche und akustische Trennung zu diesem sicherzustellen. Stadträtin von Hagen bat darum die umliegenden Kindertagesstätten auch noch in das Projekt miteinzubeziehen.

## Beschluss

---

Der Stadtrat erteilt die Projektgenehmigung für die Baumaßnahme Bürgerpark Kennedywiese, Bauabschnitt 1, mit Favorisierung „Variante 1 Berg“, zu den vorläufigen Gesamtkosten in Höhe von 1.015.337,75€.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 28 Befangen 0

## TOP 5      Stadtmitte Puchheim - Architekturwettbewerb

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Herr Schützeneder stellte in einem Vortrag die verschiedenen Möglichkeiten vor, durch die im Wettbewerb eine bauliche und kreative Neugestaltung für die neue Stadtmitte Puchheims gesucht werden sollte. Möglich sei sowohl die Durchführung eines VgV-Verfahrens zur Planerfindung als auch ein Realisierungswettbewerb im nicht offenen Verfahren, bei dem mehrere architektonische Entwürfe in Bezug auf beispielsweise Fassaden oder interne Erschließungshöfe vorgelegt und miteinander verglichen werden könnten. Im VgV-Verfahren würde ein taugliches Architekturbüro gesucht, das anhand bereits gebauter Beispiele die erarbeiteten städtebaulichen Maßnahmen umsetzt. Dieses Verfahren habe man beispielsweise bei der Schwimmbadsanierung gewählt. Im Realisierungswettbewerb werde die beste planerische und gestalterische

Architekturlösung gesucht, weshalb sich die Verwaltung aufgrund der Größe des Projektes für diese Lösung ausspreche. Für diesen Wettbewerb müssten dann noch die Kriterien in Anlehnung an die städtebaulichen Vorgaben konkretisiert werden. Bei dem Realisierungswettbewerb würden von ungefähr zwanzig teilnahmeberechtigten Architektenteams Lösungsvorschläge erarbeitet, von denen 49% der Teilnehmer durch die Stadt ausgesucht werden könnten. Der Vorteil bei diesem Verfahren sei, mit hoher Entscheidungsvielfalt den optimalen Entwurf zu finden. Weiter werde ein Preisgericht in einer Größenordnung wie beim Realisierungs- und Ideenwettbewerb zur Stadtzentrumsentwicklung vorgeschlagen. Es sei zu empfehlen, die Vorgaben für einen Realisierungswettbewerb nicht zu eng zu fassen, um für die Preisrichter als auch für die Planungsteams eine Mitwirkung zu ermöglichen. Bei der Durchführung eines VgV-Verfahrens würde sich der Zeitraum für die Planung von einem Jahr auf vier Monate, sowie die Kosten von 195.000,00 € auf 50.000,00 €, reduzieren.

Stadtrat Keil mahnte an, die zunehmende Teuerung öffentlicher Bauten im Blick zu behalten. Ob die hochwertigere Planung ihre Mehrkosten aufwiegen würde sei schwer zu beurteilen. Eine technisch effiziente Umsetzbarkeit sollte neben den anderen Kriterien daher Merkmal des Realisierungswettbewerbs sein. Stadtrat Leone erkundigte sich nach den zu erwartenden Aufwänden in der Verwaltung. Er befürchtete, dass die konkreten Bilder der Bürgerbefragungen durch einen Realisierungswettbewerb wieder obsolet würden und das Projekt unnötig aufhalten könnten. Man solle sich mit dem Projekt nicht verzetteln. Stadtrat Burkhart pflichtete dem bei. Stadtrat Dr. Sengl bekundete grundsätzliches Einverständnis mit einem Realisierungswettbewerb, dessen Rahmenbedingungen müssten aber entsprechend den in den Workshops gesammelten Ideen als stimmiges Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der Raumaufteilung attraktiv und funktional gesetzt werden. Eine wichtige Entscheidungsvorgabe seien auch die Wegebeziehungen, die Energieeffizienz der Gebäude und bestimmte gewünschte Baumaterialien. Stadtrat Hofschuster hob die Wichtigkeit des Projektes und dessen Bedeutung für die Bürger hervor, weshalb er ein reines VgV-Verfahren für falsch halte. Man habe in der Sitzung des Ausschusses für städtische Bauten das Thema vorbehandelt und einstimmig die Durchführung eines Realisierungswettbewerbs beschlossen. Einzelne Planungen könnten auch später noch abgeändert oder dazugekauft werden. Ein geistiger Freiraum müsse den Planern aber überlassen werden. Er gehe nicht davon aus, dass von den Ergebnissen der Workshops essentiell abgewichen werde. Stadtrat Leone bezweifelte, dass es realistisch und urheberrechtlich unbedenklich sei sich aus mehreren Entwürfen einen eigenen aus den besten Ideen zusammenzufügen. Weiter sei sicherzustellen, dass der Stadtrat das Leistungsverzeichnis noch bestimmen könne, um die Ideen aus der Bürgerschaft umsetzen zu können. Herr Schützeneder versicherte, dass es möglich sei gewisse Ideen von einzelnen Bewerbern einzukaufen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass das Projekt aufgrund des parallel laufenden Bebauungsplankonzeptes nicht schneller realisiert werden konnte. Das mit den Bürgern erarbeitete Dialogformat sei dem Realisierungswettbewerb mit auf den Weg zu geben. Dessen Vorteil sei, dass man in der Gesamtgestaltung viel freier sei, da man auch auf die Innenraumgestaltung Einfluss nehmen könne. Nach Beschlussfassung würde der Auslobungstext durch den Stadtrat bestimmt und dann das Raum-

programm ausgearbeitet, so dass die einzelnen Kriterien jetzt noch nicht festgelegt seien. Die Einzelnen in der Diskussion aufgeführten Kriterien sollen im Rahmen der Auslobung zur Geltung kommen.

## **Beschluss**

---

Der Stadtrat nimmt vom Vortrag Kenntnis und stimmt der Durchführung eines EU-weiten nicht offenen Realisierungswettbewerbes zu den im Ausschuss für städtische Bauten festgelegten Rahmenbedingungen zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 2 Anwesend 27 Befangen 0

## **TOP 6      Generalsanierung und Erweiterung Schwimmbad**

---

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

## **Beschluss**

---

Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und genehmigt für die Generalsanierung und Erweiterung des Schwimmbads

1. die Beauftragung von ARGE Pichler + Tschabrun aus Tirol und Vorarlberg für die Planungsleistungen Objektplanung Gebäude in den Leistungsphasen 1-9 gemäß HOAI § 34,
2. die Beauftragung von Schneck Schaal Braun aus Tübingen für die Planungsleistungen Tragwerkplanung in den Leistungsphasen 1-6 gemäß HOAI § 51,
3. die Beauftragung von Bummer Hof Planungs-GmbH aus Regensburg für die Planungsleistungen von Heizung, Lüftung, Sanitär und Schwimmbadtechnik in den Leistungsphasen 1-9 gemäß HOAI § 55

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 1 Anwesend 26 Befangen 0

- TOP 7      Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße**  
**hier: a) Beschlussfassung über die während der erneuten öffentlichen Auslegung sowie der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**  
**b) Fassung des Satzungsbeschlusses**
- 

Der Stadtrat fasste nach kurzer Einführung des Vorsitzenden in die Beschlussvorlage folgenden

### **Beschluss**

---

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Vom Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB und den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 49 wird Kenntnis genommen.
2. Die vom Planungs- und Umweltausschuss gefassten Einzelbeschlüsse zu den Anregungen und Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen und bestätigt. Der Bebauungsplan wird entsprechend redaktionell geändert und erhält das Plandatum 17.07.2018.
3. Der Bebauungsplan Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße mit Begründung in der Planfassung vom 17.07.2018 wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
4. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

- TOP 8      Jahresrechnungen 2010 bis 2014; Bericht des BKPV – Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2014; Stellungnahmen der Verwaltung**
- 

Stadtrat Hoiß nahm als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses zu den Prüfungen des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zu den Jahresrechnungen und Jahresabschlüssen 2010 bis 2014 der Stadt Puchheim Stellung. Seine Prüfung habe ergeben, dass von drei Teilberichten des Berichtes von 2011 nur der zweite vorläge, was die Recherche erschwert hätte. Zu bemängeln sei weiter, dass der Hausmeisterpool seine Arbeit noch nicht aufgenommen habe. Weiter seien die durchgeführten Digitalisierungsmaßnahmen nicht ausreichend dokumentiert. Die korrekte Buchung von Sonderposten sei nach mehrmaliger Beanstandung mittlerweile erfolgt. Der Durchschnittsstundenlohn des Bauhofes sei mit 33,29 Euro angesetzt, ohne das nachvollziehbar sei, wie sich dieser

Betrag denn zusammensetzten würde und wer bzw. was für diese Kosten verantwortlich sei. Regelmäßige vollständige Kassenprüfungen seien nicht durchgeführt worden, was unzulässig sei. Hier werde der örtliche Prüfungsausschuss ein gesondertes Augenmerk auf die weitere Prüfung legen. Weiter sei die Dienstanweisung für die Zahlstellen nicht aktuell. Die Prüfung habe ergeben, dass im Jugendzentrum die Einnahmen nicht sauber getrennt würden. Der Bürgermeister sei anordnungsbefugt und für einige Konten alleinzeichnungsberechtigt, so dass er hier freie Hand habe, ohne dass ein Vieraugenprinzip angewendet werde. Weitere Gründe warum die Finanzend- mit den Anfangsbeständen nicht ganz übereinstimmten, wie beispielsweise die richtige Ausweisung der Mietnebenkosten, seien im Prüfungsbericht erläutert. Die Verwaltung sei auf dem Weg die Anmerkungen umzusetzen und nachzureichen. Nicht nachvollziehbar sei, dass die Arbeitsplatzrechnerzahl nicht bestimmbar sei und das auf Gefährdungen durch Viren nicht optimal reagiert worden sei. Unverständlich sei, dass die Stadt die im Jahr 2005 geänderte Gesetzeslage missachtet und viele Verträge zum Defizitausgleich mit den Trägern unverändert fortgeführt habe. Die freiwilligen Zuschüsse an den Sozialdienst Nachbarschaftshilfe in Höhe von ca. 247 T€ allein im Jahr 2014 bedeuteten eine Bevorteilung gegenüber Mitbewerbern und seien zu Recht vom BKPV beanstandet worden. Die Passwortregelungen im Hause hätten ebenfalls nicht den zeitlichen Anforderungen entsprochen. Die Fernwartungsfirma habe laut der Stellungnahme des BKPV zu viele Freiheiten und Rechte. Die Kosten von 4.000,00 Euro pro IT-Arbeitsplatz seien im Vergleich zum Bundesdurchschnitt mit 3450 Euro zu hoch. Das Onlinebanking hätte durch eine andere Passworteinstellungen optimiert werden können. Verbesserungsmöglichkeiten würden derzeit von der Verwaltung geprüft. Der Leasingvertrag der Kopier- und Multifunktionsgeräte, der Dezember 2012 mit einer Laufzeit von 66 Monaten beschlossen worden sei, wurde ohne Kostenvergleich zum Kauf durchgeführt. Eine Nachfolgevereinbarung werde derzeit von der Verwaltung angedacht, wobei nicht klar sei, ob hier eine Ausschreibung erfolgen solle und ob diese noch zeitlich umgesetzt werden könne. Er bat darum die Anmerkungen des BKPV und des Rechnungsprüfungsausschusses umzusetzen und zu beachten. Er bedauerte, dass aufgrund der Verzögerung der Feststellung der noch zu prüfenden konsolidierten Jahresabschlüsse nicht sichergestellt sei, dass der Rechnungsprüfungsausschuss diese in der derzeitigen Wahlperiode noch prüfen könne.

Der Vorsitzende dankte für den ausführlichen kritischen Bericht, dessen Anmerkungen zum Teil während der Prüfung selbst umgesetzt wurden bzw. noch abgearbeitet werden. Eine Verbesserung sei durch die Verwaltung angestrebt. Teilweise verursache die Abstellung der Anmerkungen einen erheblichen Verwaltungsaufwand, wie insbesondere bei der Digitalisierung. Für eine Verwaltung von der Größenordnung der Stadt Puchheim seien die Kritikpunkte überschaubar, und wiesen nicht auf erhebliche Fehler hin.

Herr Heitmeir führte aus, dass bei allen berechtigten Kritikpunkten keine finanziellen Schäden festgestellt wurden, die der Kassenversicherung gemeldet werden könnten, es ginge um organisatorische Verbesserungen in der Verwaltung. Der Prüfungsbericht werde abgearbeitet, die Antworten dem Rat vorgestellt und dann dem Landratsamt als Rechtsaufsicht mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. In der Vergangenheit hätte der Vorgang damit gut abgeschlossen werden können. Es läge nur Teil

Zwei der Berichte vor, da Teil Eins nur die Eröffnungsbilanz betreffe und Teil Drei befasse sich rein formell und ausschließlich mit der Richtigkeit des Kostenplans. Die Anlagenbuchung und Inventarisierung sei in den Bilanzen mangels nicht rechtzeitig gedecktem Personalbedarf und Personalwechsel nicht sofort umgesetzt worden. Zum 01.08. 2018 werde eine Stelle allein für dieses Thema in der Verwaltung neu besetzt. Die korrekte Buchung der Sonderposten, insbesondere der Erschließungs- oder Ausbaubeitrag, sei weitgehend umgesetzt und die Kassenprüfung werde auch in den Nebenkassen einem bestimmten Rhythmus angepasst. Die Registrierkasse sei sofort nach der Prüfung neu beschafft worden, was daran gelegen habe, dass die Kasse nur vier Buchungsspalten kannte, aber acht erforderlich gewesen seien. Bezüglich der Nichtübereinstimmung der Finanzend- mit den Anfangsbeständen sei die Softwarefirma mehrfach zu einer Behebung eines technischen Problems aufgefordert worden. Behoben habe die Verwaltung schließlich das Problem selbst. Nicht behebbar sei das Problem, Kredit- und EC- Karten alleine zu benutzen, hier seien aber eine Dienstanweisung und Wertgrenzen geplant. Ein Superuser sei momentan noch erforderlich, da das System derzeit nicht anders administriert werden könne. Jede Tätigkeit des Superusers sei im System aber nachvollziehbar. Anmerkungen des Rechnungsprüfungsausschusses würden regelmäßig abgearbeitet werden. Der Jahresabschluss 2016 fehle noch, da aufgrund eines Softwarefehlers die Textdatei nicht mit dem Systemdateien übereinstimmte. Im September werde der Jahresabschluss im Stadtrat vorgestellt werden. Der Jahresabschluss 2017 werde mit geändertem Kontenplan sobald wie möglich gelegt werden.

Herr Tönjes kritisierte, dass die bisherigen Beiträge über die schon vorliegenden schriftlichen Berichte hinaus wenig Neues zutage gefördert hätten. Einig sei man sich darin, dass Fehler vermieden und erkannte Fehler abgestellt werden müssten. Er plädierte dafür, die Relationen nicht aus dem Auge zu verlieren. Die angesprochenen Punkte seien nachvollziehbar, aber nicht alarmierend.

Stadtrat Hofschuster regte an die Empfehlung des Prüfberichtes, wonach alle freiwilligen Zuschüsse der Stadt nachvollziehbar zu erfassen seien, auf alle finanziellen Zuschüsse zu erweitern. Herr Tönjes antwortete, dass die Verwaltung dies im Sozialbereich bereits realisiert habe, und nunmehr alle Zuschüsse transparent darstellen wolle.

## **Beschluss**

---

Der Stadtrat nimmt den Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse 2010 bis 2014 und der Kasse der Stadt Puchheim vom 10.04.2017 und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu vom 16.07.2018 billigend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

**TOP 9 Vergabe von Entwurfsplanung- und Beratungsleistungen für das PUC-Restaurant**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadträtin Ponn erkundigte sich, ob das beschlossene fünfstufige Modell ganz abgearbeitet sei. Das Angebot sehe sie als Chance etwas Einzigartiges und Neues zu schaffen. Stadtrat Burkhardt merkte an, dass das in Auftrag gegebene Konzept für die hierfür investierte Summe wenig neue Anregungen gegeben habe. Stadträtin Kamleiter bekundete, dass sich das Projekt in die richtige Richtung entwickle und dieses so fortgeschrieben werden sollte. Stadträtin Gigliotti bemängelte, dass die Ausstattung nicht behindertengerecht sei. Die Kosten für die Weiterführung des Projektes seien viel zu hoch. Man könne nicht so viel Geld investieren ohne konkrete Vorstellungen zu haben, was genau umgesetzt werden solle. Stadträtin Dr. Matthes erfragte, welche weiteren Planungsschritte und -kosten im Folgendem eventuell noch anfallen würden. Stadträtin Unglert bemerkte, dass niedrige und hohe Stühle in der Planung angedacht seien, so dass ein großer Teil des Konzeptes behindertengerecht gestaltet sei. Dass Kosten für das Projekt anfallen würden, sei bekannt gewesen. Sie verstehe nicht, dass diese jetzt neu diskutiert werden, obwohl man sich mit drei Beschlüssen gegen ein Pächterkonzept entschieden habe.

Herr Heitmeir legte dar, dass das Modul vollständig abgearbeitet sei, Istzustand von Gebäude und Nutzung seien hier ausgearbeitet worden, ebenso wie ein neues Gesamtkonzept. Bauliche Umsetzungen seien in dem Angebot nicht enthalten gewesen. Das Angebot zur Entwurfsplanung des Konzepts sowie zur Begleitung bei der Pächterauswahl habe im Ausschuss für Städtische Bauten Anklang gefunden. Es beinhalte 30.000,00 € planerische Architekturleistungen sowie Beratungen zu den Verträgen und Ausschreibungen. Vergleichbare Architekturvergütungen nach HOAI lägen vermutlich weit höher, der Stundensatz für die Beratungen sei im Vergleich zu anderen Beratungsangeboten eher niedrig. Der Gesamtbetrag sei sehr hoch, angesichts der geplanten Umstellungen und Veränderungen des PUC jedoch angemessen. Alternativ könne nur ein Pächter gesucht werden. Auf dem Gebäude läge ein Urheberrecht, so dass alle innenarchitektonischen Maßnahmen mit den Architekten abgesprochen werden müssten. Das Angebot zur innenarchitektonischen Umgestaltung ende mit einer Entwurfsplanung. Der Restaurantumbau müsse dann im Vergabeverfahren vergeben werden, ohne dass noch ein Architekt hinzugezogen werden müsste. Es sei schwierig alle Plätze behindertengerecht auszugestalten, aber man werde sicherstellen, dass viele Plätze behindertengerecht gestaltet würden.

Stadtrat Keil stellte den Antrag auf Vertragung des Tagesordnungspunktes, bis die Umsetzungsplanung geklärt und vorgetragen worden sei. Diese sei im Angebot nicht enthalten. Er hielte nichts von einer Salamitechnik Projekte oft nur schrittweise zu planen, da so die Kosten nicht überschaubar seien und höher ausfielen als geplant. Stadtrat Hofschuster mahnte, dass es mangels anderer Angebote

oder Konzeptmöglichkeiten derzeit keine anderen Alternativen gebe. Mithin müsste durch die Entwurfsplanung entschieden werden, was überhaupt umgesetzt werden soll. Die Kosten für eine Umsetzung könnten daher momentan gar nicht beziffert werden.

### **Beschluss**

---

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis die Umsetzungsplanung geklärt und vorgetragen worden ist.

Abstimmungsergebnis Ja: 2    Nein: 24    Anwesend: 26    Befangen: 0

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass man entgegen den bisherigen Entscheidungen das Angebot ablehnen könne. Diskussion über die Höhe des Angebots könne er nachvollziehen. Weiter sei die vorgestellte Konzeption überschaubar, so dass eine Umsetzungsplanung derzeit entbehrlich sei. Dies sei bisher auch so beschlossen worden. Er schlug vor, die Verwaltung mit dem Beschluss zu beauftragen das Angebot nochmals nach zu verhandeln und darauf hinzuwirken, dass die Kostenschätzung auch Angaben zu den Kosten der Umsetzungsplanung enthält.

### **Beschluss**

---

Der Stadtrat stimmt der Beauftragung der MAHAVI GmbH zur Entwurfsplanung und Begleitung der Ausschreibung für die Gastronomie des Restaurants im PUC gemäß dem Angebot vom 11.07.2018 zu. Die Verwaltung wird beauftragt das Angebot nochmals nach zu verhandeln und darauf hinzuwirken, dass die Kostenschätzung auch Angaben zu den Kosten der Umsetzungsplanung enthält.

Abstimmungsergebnis: Ja 23    Nein 3    Anwesend 26    Befangen 0

### **TOP 10      Satzung zur Änderung der Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der städtischen Feuerwehren**

---

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

### **Beschluss**

---

Der Stadtrat beschließt den Erlass der anliegenden Satzung zur Änderung der Satzung über Aufwen-

dungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der städtischen Feuerwehren vom 10.08.2010.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

**TOP 11      Satzungen zur Änderung der Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim sowie zur Änderung der Satzung über die Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim**

---

Stadtrat Hofschuster erkundigte sich, wie viele Sondernutzungsgebührenbescheide die Stadt Puchheim statistisch in den letzten Jahren erhoben habe, in welcher Art und in welcher Höhe diese ausgefallen seien. Er bat die Verwaltung eine Statistik zu erstellen.

**Beschluss**

---

Der Stadtrat beschließt die folgenden Satzungen:

- Satzung zur Änderung der Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim
- Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Straßen in der Gemeinde Puchheim

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

**TOP 12      Wissenschaftliche Begleitung im Projekt Gesunde Kommune**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadträtin Ehm merkte als Sozialreferentin an, dass das Projekt ausführlich im Sozialausschuss besprochen worden sei. Die Finanzierung sei über die AOK gesichert. Stadtrat Hofschuster freute sich darüber, dass die Begleitung des Projektes durch vorhandene personelle Ressourcen erfolgen könne. Stadtrat Hoiß erkundigte sich, ob von der AOK schon konkrete schriftliche Äußerungen vorlägen.

**Beschluss**

---

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, einen Forschungsvertrag zur Ermittlung des Bedarfs für die kommunale Gesundheitsförderung in Puchheim mit der Hochschule München (Prof. Dr. Janßen) vorbe-

haltlich der Förderungszusage durch die AOK Bayern abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

### **TOP 13 Modellprojekt "Jugendhilfe in Puchheim"**

---

Stadtrat Leone begrüßte, dass das Landratsamt bereit sei das Projekt zu unterstützen. Die geplanten Umsetzungsmaßnahmen der neuen Jugendhilfe seien vielversprechend, insbesondere der neue Familienrat. Die Akteure vor Ort müssten sich dann im Konkreten noch absprechen. Die Stadt habe schon viel durch die Jugendhilfe umsetzen können, dennoch bestünde ein größerer Handlungsbedarf, insbesondere in der Planie. Stadträtin Strobl- Viehhauser befürwortete ebenfalls das Projekt, da es die Betroffenen einfacher und damit besser erreiche. Stadträtin Gigliotti erkundigte sich, wie es rechtlich zu beurteilen sei, dass sich die Stadt als Kommune finanziell an einer Kreis Aufgabe beteilige. Den Familienrat halte sie mangels Fachlichkeit für unsinnig, dennoch seien die fünf Stellen vor Ort zu begrüßen. Die Akteure könnten nicht miteinander kooperieren, da deren Aufgaben klar getrennt seien. Es würde hier nur eine Außenstelle für die Aufgaben des Landratsamts eingerichtet. Stadtrat Wuschig betonte, dass auch in anderen Gebieten Puchheims Handlungsbedarf bestünde. Es wäre wünschenswert die Räumlichkeiten außerhalb der Planie anzusiedeln, da hier schon viele soziale Einrichtungen vorhanden seien. Stadträtin Ponn erkundigte sich, wie die Gefährdungsmeldungszahlen pro Einwohner mit 0,96 des Konzeptentwurfes des Landratsamts zu verstehen seien. Stadtrat Stricker wies darauf hin, dass die Stadt Puchheim aufgrund der Kreisumlage bereits mit 44.000,00 € an den vom Landratsamt zu tragenden Kosten beteiligt sei.

Herr Tönjes antwortete, dass die Aufgabe der Jugendhilfe beim Landratsamt bleibe. Die Kooperation sei für Puchheim vorteilhaft, da sich nun mehr Mitarbeiter um die Jugendlichen kümmern könnten. Rechtlich könne man im Rahmen einer Zweckvereinbarung auch Aufgaben übernehmen, dies wolle man derzeit aber nicht. Es sei auf Kreisebene nicht durchsetzbar, dass die hohen Mehrkosten des Projekts, von denen vor allem Puchheim profitiere, ausschließlich vom Landkreis getragen werden. Daher beteilige sich die Stadt mit der Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten und der Hälfte der Übernahme der wissenschaftlichen Kosten. Ohne diese Beteiligung der Stadt käme das Projekt nicht zu Stande, was nicht gewollt sein kann. Den Großteil der Gesamtkosten trage aber der Landkreis. Puchheim sei in der Zeitung gescholten worden, mit dem Beschluss über die KiTa- Finanzierung an den Kindern zu sparen. Er habe darauf entgegnet, Puchheim spare nicht an den Kindern, sondern für die Kinder. Bei dem vorliegenden Projekt zeige sich, dass dieses Geld bei den wirklich Bedürftigen eingesetzt werde.

### **Beschluss**

---

1. Dem Konzept des Modellprojekts „Jugendhilfe in Puchheim“ wird zugestimmt.

2. Die Kosten der wissenschaftlichen Begleitung für die Dauer des Projekts werden zur Hälfte übernommen. Der städtische Anteil wird auf 25.000 € begrenzt. Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen.
3. Dem Landkreis Fürstfeldbruck werden für dieses Projekt geeignete Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung gestellt (Bestand, Anmietung).
4. Dem Sozialausschuss ist über den Verlauf des Projekts regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

## **TOP 14      Mittagsverpflegung der Schüler an Grundschulen und der Mittelschule Puchheim**

---

Stadträtin Ponn gab zu bedenken, dass auch geplant gewesen sei, dem neuen PUC Pächter die Möglichkeit zu geben für eine Mittagsversorgung zu sorgen. Dem würde mit einer Ausschreibung entgegengewirkt werden. Sie stellte in den Raum, die Entscheidung aus diesem Grund zu vertagen. Stadtrat Hofschuster wies darauf hin, dass die konkrete Ausgestaltung der Mittagsverpflegung aufgrund zahlreicher Meinungen als kontroverses Thema einzuordnen sei. Er erkundigte sich daher, wie hoch der Kostenaufwand der Ausschreibung sei. Herr Tönjes antwortete, dass aufgrund der Komplexität der Thematik ein Büro zur Erstellung der Leistungsbeschreibung der Ausschreibung hinzugezogen werden müsse, die Kosten werden, wie bei anderen Gemeinden auch, in etwa 10.000 Euro betragen. Stadtrat Keil teilte mit, dass Herr Kulzinger in ständigen Austausch mit möglichen Versorgungsleistungsträgern stünde, wobei es vor allem wichtig sei, dass die Qualität des Essens gesichert sei.

Der Vorsitzende sprach sich gegen eine Vertagung aus, da der Ausschreibungsvorgang einige Zeit beanspruche und die Verpflegung gesichert sein müsse.

### **Beschluss**

---

1. Der Stadtrat stimmt der Beauftragung eines Beratungsunternehmens zur Vorbereitung und Begleitung der Ausschreibung für die Mittagsverpflegung an den Puchheimer Grundschulen und der Mittelschule zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der vorgestellten Eckpunkte in Zusammenarbeit mit einem Essensgremium die Ausschreibungskonditionen zu erarbeiten und dem Sozialausschuss zur Billigung vorzulegen. Die abschließende Entscheidung bleibt dem Stadtrat vorbehalten.
3. Die Mittagsverpflegung an den Puchheimer Grundschulen sowie der Mittelschule soll im Schuljahr 2018/19 weiterhin über den Sozialdienst Nachbarschaftshilfe Puchheim e. V. sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

## **TOP 15      Mitteilungen und Anfragen**

---

Der Vorsitzende wies auf die Veranstaltung der Langen Nacht der Demokratie am 15.09.2018 im PUC hin.

Stadtrat Hoiß wies auf den Artikel „Tierische Helfer bei den Mäharbeiten“ auf der Internetseite der Stadt Puchheim hin, der so nicht richtig sei. Er berichtete, dass am Samstag, den 14. Juli 2018, eine Schafherde angesichts der heißen Temperaturen aus dem eingezäunten nicht sonnengeschützten Bereich ausgebrochen sei, um im anliegenden schattigen Gebüsch Schutz vor der Sonne und Wasser zu finden. Wie vor Ort festgestellt wurde, seien die Trinktröge dick verschlammt gewesen und kein Trinkwasser vorhanden gewesen. Weshalb dieses durch die Feuerwehr zur Verfügung gestellt und von den Schafen dankbar angenommen worden sei.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Stadtrates um 22:08 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl  
Erster Bürgermeister

Katharina Bock